

**Leonore Gewessler, BA**  
 Bundesministerin

An den  
 Präsident des Nationalrates  
 Mag. Wolfgang Sobotka  
 Parlament  
 1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at  
 +43 1 711 62-658000  
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien  
 Österreich

Geschäftszahl: 2022-0.493.134

. September 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rauch und weitere Abgeordnete haben am 6. Juli 2022 unter der **Nr. 11616/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend gefährliche Ideologie im Klimaratsbericht: „Klimaschutz darf keine individuelle Entscheidung sein“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 18:

- *Planen Sie politische, rechtliche oder sonstige Schritte in Ihrem Verantwortungsbereich um individuelle Freiheiten unter dem Deckmantel des Klimaschutzes einzuschränken?*
  - a. *Wenn ja, welche?*
  - b. *Wenn ja, inwiefern sehen Sie sich durch Ihr Projekt Klimarat dazu legitimiert?*
- *Wurde über die im Endbericht aufgestellten „Prinzipien politischen Handelns“ von den Teilnehmern des Klimarates abgestimmt?*
- *Wenn ja, warum wurde des Abstimmungsergebnis über diese „Prinzipien politischen Handelns“ im Gegensatz zu den „Empfehlungen für den Klimaschutz“ nicht angegeben?*
- *Wenn ja, wie ist die Abstimmung ausgegangen?*
- *Wenn nein, wie und auf wessen Veranlassung konnten freiheitsfeindliche Aussagen wie „Klimaschutz darf keine individuelle Entscheidung sein“ ihren Weg in den Endbericht des Klimarates finden?*
- *Wenn nein, warum suggeriert der Endbericht fälschlich diese Aussagen wären originäre Ideen der Teilnehmer?*
- *Wie wurden die „Prinzipien politischen Handelns“ entwickelt?*
- *Welche Organisationseinheit (Moderatoren, Beiräte, etc.) des Klimarates hat an der Entstehung dieser ideologischen „Prinzipien politischen Handelns“ mitgewirkt?*

- *Welchen Einfluss hat das Organisationsteam auf die Aussage „Klimaschutz darf keine individuelle Entscheidung sein“ gehabt?*
- *Welchen Einfluss hat der wissenschaftliche Beirat auf die Aussage „Klimaschutz darf keine individuelle Entscheidung sein“ gehabt?*
- *Welchen Einfluss hat das wissenschaftliche Evaluationsteam auf die Aussage „Klimaschutz darf keine individuelle Entscheidung sein“ gehabt?*
- *Welchen Einfluss hat der Stakeholderbeirat auf die Aussage „Klimaschutz darf keine individuelle Entscheidung sein“ gehabt?*
- *Welchen Einfluss haben die Moderatoren auf die Aussage „Klimaschutz darf keine individuelle Entscheidung sein“ gehabt?*
- *Wurden die ideologisch vereinnahmten Teilnehmer des Klimarates über diese Aussage „Klimaschutz darf keine individuelle Entscheidung sein“ im Abschlussbericht informiert?*
- *War es für die verbleibenden Teilnehmer des Klimarates möglich sich gegen diese ihnen nunmehr zugeschriebene Aussage zu wehren?*
  - a. *Wenn ja, welche Möglichkeiten gab es um dem zu widersprechen?*
  - b. *Wenn ja, inwiefern wurde diese Aussage kritisch hinterfragt?*
  - c. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Welche Bedeutung hat die Aussage „Klimaschutz darf keine individuelle Entscheidung sein“ für Ihre politische Tätigkeit?*
- *Erachten Sie die individuelle Entscheidung der Aussage „Klimaschutz darf keine individuelle Entscheidung sein“ zu widersprechen für zulässig bzw. dulden Sie diesbezügliche Gegenmeinungen in Ihrem Verantwortungsbereich?*
- *Welchen Einfluss haben Sie bzw. Ihr politisches Kabinett auf die politische Schlagseite des Klimarates durch die Auswahl der sogenannten Experten genommen?*

Die „Prinzipien politischen Handelns“ wurden laut Auskunft der ARGE Klimarat in Handlungsfeld-übergreifenden Arbeitsgruppen am 5. Wochenende erarbeitet. Am 6. Wochenende wurde die Zustimmung der Bürger:innen zu den Prinzipien politischen Handelns (wie auch zu allen anderen Empfehlungen) abgefragt. Allen Formulierungen der Prinzipien politischen Handelns wurde ohne Einwand zugestimmt.

Wesentlich ist dabei eine Gesamtschau aller von den Bürger:innen erarbeiteten Prinzipien politischen Handelns, die ein insgesamt sehr ausgewogenes Bild zeigt. Zur Aussage, dass Klimaschutz nicht eine individuelle Entscheidung sein kann, wird im Bericht näher ausgeführt: *„Es braucht Regelungen und Rahmenbedingungen, die klimafreundliches Handeln ganz einfach machen und klimaschädliches Handeln unattraktiv machen oder verhindern.“*

Dem kann ich mich anschließen: Selbstverständlich braucht es Rahmenbedingungen des Staates, damit Klimaschutz wirksam sein kann. Sowohl auf EU-Ebene als auch in Österreich arbeiten wir seit vielen Jahren an genau solchen Rahmenbedingungen. Dazu gehören gesetzliche Regelungen, Förderungen und auch steuerliche Vorschriften, (um nur einige wenige Beispiele zu geben, vom Emissionshandel über das Erneuerbaren-Ausbaugesetz hin zur Ökosteuerreform, die Flottenverbrauchsvorgaben auf EU-Ebene für Fahrzeuge, etc. etc.).

Selbstverständlich bedeutet das nicht, dass nicht auch individuelle Verhaltensänderungen wichtig sind – die Bürger:innen haben das z.B. in ihrem am Anfang des Prozesses veröffent-

lichten Wirkungsmanifest (worin sich der Punkt „individuelle Verhaltensänderungen fördern“ findet), aber auch in zahlreichen der Empfehlungen berücksichtigt.

Der wissenschaftliche Beirat wurde auf mein Ersuchen hin von Prof. Georg Kaser und Prof<sup>in</sup>. Birgit Bednar-Friedl zusammengestellt, wie ich auch bei früheren Anfragebeantwortungen bereits mitgeteilt habe, siehe etwa die Beantwortung der Anfrage 9640/J. Den beiden ist es gelungen, ein Gremium von höchster Qualität zu versammeln.

Aufgrund aller mir vorliegenden Berichte und der Gespräche bei der Übergabe der Empfehlungen bin ich überzeugt davon, dass die Bürger:innen sehr konstruktiv, eigenständig und selbstbewusst nicht nur diese Prinzipien, sondern den gesamten Text der Empfehlungen erarbeitet haben.

Leonore Gewessler, BA

